

2155 Unterschriften gegen den Supermast

RIMPAR (TF) 246 Mitglieder hat die Interessengemeinschaft "Strahlenbelastung Mobilfunk", die sich im März dieses Jahres gegründet hat, mittlerweile. 2155 Unterschriften sammelten die engagierten Bürger bis Donnerstagabend. Rimplarer Bürger wehren sich gegen einen 34 Meter hohen UMTS-Mobilfunkmasten, der im Ortskern von Rimplar gebaut werden soll. Ihren Widerstand gegen diesen Funkturm zeigten auch etwa 200 Rimplarer Bürger, die am Donnerstagabend am Schlossplatz protestierten.

Keiner will diesen Mast mitten im Ort. Der Bauausschuss lehnte den Bauantrag der Deutschen Funkturm GmbH bereits ab. Die Crux aber ist, dass das Landratsamt Würzburg der Meinung ist, dass der Funkturm rechtlich zulässig ist und sich in die Umgebung einfügt. Und sollten die Rimplarer Gemeinderäte auf ihrer Ablehnung beharren, dann wird das Landratsamt Würzburg aller Wahrscheinlichkeit nach das Einvernehmen geben.

Die Gemeinderäte aber lassen sich dadurch nicht entmutigen. Zweite Bürgermeisterin Ulrike Haase (CSU) bekräftigte in der Gemeinderatssitzung noch einmal ihren Standpunkt: "Der Supermast zerstört das Ortsbild. Das ist dem Landratsamt vielleicht deswegen noch nicht untergekommen, weil bisher vielleicht noch niemand stehen geblieben ist, um sich ein Bild zu machen." Entsetzt über das Landratsamt ist auch Gemeinderätin Sigrid Knorke. "Wir müssen uns mit allen Möglichkeiten gegen den Masten wehren", forderte die Sprecherin der Interessengemeinschaft Umwelt.

Keine Gespräche

Bürgermeister Burkard Losert bedauerte vor allem, dass ein Gespräch mit dem Bauherrn nicht möglich ist. "Wir haben alternative Standorte angeboten, aber die Funkturm GmbH zeigte uns die kalte Schulter", ärgert sich Losert.

Harald Schmid, Fraktionssprecher der SPD, beklagte sich auch über die "Ignoranz des Unternehmens" und versteht überhaupt nicht, dass dem Landratsamt eine Beeinträchtigung des Ortsbildes nicht aufgefallen ist. Er beantragte, dass der Gemeinderat die Entscheidung bis zur nächsten Sitzung am 23. November aussetzen soll. Bis dahin soll die Deutsche Funkturm GmbH verschiedene Fragen, unter anderem auch zur Strahlenbelastung, beantworten.

Die Gemeinderäte stimmten zu und Bürgermeister Losert möchte das Landratsamt auch zu einem Ortstermin einladen. Zudem will er sich per Petition an den Gesetzgeber wenden und versuchen, dadurch die vorgeschriebenen Grenzwerte nach unten zu korrigieren. "In Österreich und in der Schweiz sind diese viel niedriger angesetzt, als in Deutschland", erklärte Losert.

Quelle: MainPost-Online